

**Kommunale Kriminalitätsverhütung:
ein europäischer Erfahrungsaustausch**

- Einführung und Eröffnung

von

Dagmar Pohl-Laukamp

Dokument aus der

Internetdokumentation Deutscher Präventionstag

www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der

Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe
(DVS)

Zur Zitation:

**Pohl-Laukamp, D. (2003): Kommunale Kriminalitätsverhütung:
ein europäischer Erfahrungsaustausch. Einführung und Eröffnung. In:
Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher
Präventionstag. Hannover.
http://www.praeventionstag.de/content/1_praev/doku/pohllaukamp/index_1_pohllaukamp.html**

Kommunale Kriminalitätsverhütung: ein europäischer Erfahrungsaustausch

- Einführung und Eröffnung -

*Senatorin Dagmar Pohl-Laukamp**

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,
sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrte Damen und Herren Referenten und Moderatoren,
sehr geehrte Tagungsgäste aus nah und fern,

im Namen von Senat und Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck heiße ich Sie hier in der Hansestadt Lübeck herzlich willkommen. Ich freue mich, daß Sie der Einladung zu der Auftaktveranstaltung unserer Arbeitstagung „Kommunale Kriminalitätsverhütung - ein europäischer Erfahrungsaustausch“ - so zahlreich gefolgt sind. Wir, die Veranstalter, sind stolz darauf, Gäste aus Polen, Rußland, Ungarn, Tschechien, Estland, Litauen, Schweden, Dänemark, den Niederlanden und England auf diesem Kongreß begrüßen zu können. Besonders freue ich mich, daß Sie, Herr Professor Kerner, trotz Ihres Amerikaengagements den Eröffnungsvortrag übernommen haben und uns mit neuen Erkenntnissen zum Thema „Ansätze und Grenzen praktischer Kriminalprävention - eine strukturelle Analyse“ herausfordern und überraschen werden. So bin ich es von allen Ihren Vorträgen gewöhnt!

Daß Sie, Herr Professor Schwind, als Vorsitzender der Anti-Gewalt-Kommission der Bundesregierung sich drei Tage Zeit genommen haben, um uns auf dieser Tagung zu begleiten, ehrt uns besonders.

Die Idee zu dieser Arbeitstagung entstand vor einigen Jahren, kurz nachdem wir den Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck am 27. April 1992 in Lübeck gegründet hatten. In Gesprächen, die ich mit Ihnen, Herr Dr. Jäger, geführt habe, haben Sie als Vision nicht nur die Ausbreitung der kriminalpräventiven Idee und des kriminalpräventiven Wirkens in der

* Frau Innensenatorin Dagmar Laukamp ist Vorsitzende des Kriminalpräventiven Rates der Hansestadt Lübeck.

Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen, nämlich in den Städten und Gemeinden, in den Ländern, im Bund und in Europa gesehen, sondern auch die Wichtigkeit eines Erfahrungs- und Gedankenaustausches europäischer Städte und Gemeinden zum Thema Kriminalitätsverhütung betont. Unterstützt wurde unser Vorhaben, hier in Lübeck einen solchen ersten europäischen Erfahrungsaustausch zu veranstalten, von Herrn Professor Bull als damaligem Innenminister und Vorsitzendem des Rates für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein. Die Realisierung unseres Kongresses im Herbst 1994 scheiterte an technischen, zeitlichen und organisatorischen Problemen.

Sie, sehr geehrter Herr Minister Dr. Wienholtz, haben sich in der gleichen Position mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, daß diese Veranstaltung jetzt hier in Lübeck durchgeführt werden kann. Dafür bedanke ich mich!

Kriminalitätsverhütung auf kommunaler Ebene geht uns alle an. Die Menschen, die in einer Stadt leben und sich mit ihr identifizieren, leiden unter Kriminalitätsfurcht und unter den Folgen der Verbrechen und Vergehen, die Ihnen zugefügt werden und die sie häufig in Zusammenhang mit Gewaltausübung - in der Wohnung, auf der Straße, in der Schule, im Wohnumfeld erdulden. Sie rufen nach Schutz und um Hilfe. Sie wollen ihre Ängste verlieren. Die Kommunalpolitiker hören dies, ebenso wie die Verantwortlichen der Polizei. Aber sind dies schon alle, die hier Verantwortung tragen und tätig werden müssen? Die Verhütung von Straftaten und Gewaltakten im Elternhaus, in der Schule, in der Wohnanlage, auf Straßen und Plätzen, bei Freizeit und Spiel, ist eine komplexe Aufgabe. Sie ist Teil der Jugend-, Sozial- oder Schulpolitik, soweit sie auf potentielle Täter oder gefährdete Personen einwirken will. Sie ist kommunale *und* polizeiliche Sicherheitspolitik, soweit sie auf Täter einwirken oder die Tatbegehung erschweren will, sei es durch technische Prävention, sei es durch geeignete Stadtplanung oder durch Bündelung gesellschaftlicher Kräfte in Projekt- und Stadtteilarbeit. Kommunale Prävention mit den Kernbereichen der Sozial- und Jugendarbeit bedarf der Mitwirkung der Polizei als Sicherheitsträger. Denn Aufgabe der Polizei ist nicht nur die Verfolgung von Straftaten, sondern auch deren Verhütung.

Zum Wesen der Kommunalpolitik als Basisarbeit in der Stadt und im Ortsteil gehört es, möglichst viele gesellschaftliche Kräfte zur Verbesserung der Lebenssituation und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Kommunale Präventionsarbeit ist daher als Netzwerkarbeit zwischen Polizei, Stadtverwaltung, Politik und allen gesellschaftlichen Verbänden und Vereinigungen zu verstehen, die für bestimmte Aufgaben verantwortlich sind und sich auch verantwortlich fühlen. Präventionsarbeit verbindet daher Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Versicherungen, Elternvertreter ebenso wie Wirtschaftsorganisationen, um nur einige zu nennen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommunale Kriminalprävention kann deshalb erfolgreich sein, weil sie keinen isolierten Blickwinkel hat, sondern Sicherheitskonzepte der Polizei mit sozial- und jugendpolitischen Initiativen der Kommune unter

Einbeziehung ehrenamtlich tätiger Bürger und gesellschaftlicher Gruppierungen verzahnt. Darum geht es auf dieser Tagung hier in Lübeck. Wir befassen uns zwar auch mit theoretischen Überlegungen zur Kriminalitätsverhütung und allgemeinen Erkenntnissen zur Kriminalitätsentwicklung. Im Vordergrund steht jedoch, wie Sie aus dem Programm ersehen, die Vorstellung konkreter kriminalitätsverhütender Projekte, die in Lübeck und anderen deutschen und europäischen Städten durchgeführt werden und sich in der Praxis bereits bewährt haben. Viele dieser Projekte sind stadtteil- oder ortsteilorientiert. Das Schwergewicht der Tagung liegt daher auf dem Austausch von Handlungsmustern für Praktiker. Ich erhoffe mir von Ihnen Anregungen aus Ihren Ländern und Kommunen für Lübeck. Ich möchte Ihnen Anregungen für die Bewältigung von Problemen in Ihren sozialen Brennpunkten in Ihren Gemeinden und Ortsteilen mitgeben. Ich wünsche mir einen lebhaften Gedankenaustausch! Kommunale Kriminalitätsverhütung ist stets auch Hilfe zur Selbsthilfe für Betroffene in Problemzonen. Daher ist es sinnvoll, auch in kleinen Schritten zu helfen und in Modellvorhaben neue Strategien und Methoden zur Gewaltvermeidung zu probieren.

Alle Präventionsmaßnahmen kosten Geld. Nicht davon zu sprechen, wäre unaufrichtig. Es gilt, private und öffentliche Geldgeber gleichermaßen zu verpflichten, den ihnen adäquaten Beitrag zur kommunalen Sicherheits-, Sozial- und Jugendpolitik zu leisten. Auch das Land kann nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden. Die Einbindung der Wirtschaft in diese Konzepte erscheint mir besonders wichtig. Hier fehlt es vielfach noch am Bewußtsein der Mitverantwortung für bestehende Verhältnisse. Ich bin dankbar für die Unterstützung, die der Kriminalpräventive Rat der Hansestadt Lübeck in der Vergangenheit von Institutionen und Verbänden, Stiftungen und Serviceclubs für die Finanzierung kriminalpräventiver Projekte erhalten hat. Ich meine, daß Lübeck sehr früh einen richtigen Weg eingeschlagen hat. Erleichtert wurde uns dies durch die kriminologische Regionalanalyse, die mit der Intention, einen Kriminalpräventiven Rat ins Leben zu rufen, von der Kriminalpolizei Lübeck erstellt und vom Leitenden Kriminaldirektor Tabarelli der Hansestadt Lübeck übergeben worden ist. Lübeck fühlte sich aufgrund der jahrelangen erheblichen Kriminalitätsbelastung, aber auch aufgrund der Anschläge, die in unserer Stadt auf die Synagoge getätigt worden sind, in einer besonderen sozialen Verantwortung. Dies hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck erst kürzlich dadurch unterstützt und zum Ausdruck gebracht, daß sie, trotz einer prekären Haushaltslage und harten Sparkonzepten mehrere Planstellen für Sozialarbeiter und 100.000 DM Sachmittel für soziale Projekte, die kriminalpräventiv wirken, beschlossen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kriminalitätsverhütende Strategien und Maßnahmen gibt es im europäischen, insbesondere im skandinavischen Ausland schon seit Jahrzehnten. In Deutschland wächst die Idee von der Notwendigkeit,

präventiv zu wirken, allmählich. Dennoch gibt es Fortschritte. Im Jahre 1984 hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter 10 Leitsätze zur Prävention aufgestellt und gleichzeitig 13 Negativfeststellungen getroffen. Damals wurde konstatiert, daß es kein behörden- oder institutionsübergreifendes Präventionskonzept als Teil der Kriminalpolitik gäbe, keine koordinierten außerpolizeilichen Präventionsmaßnahmen. Ein wissenschaftliches Denkzentrum für ressortübergreifende Kriminalitätsverhütung fehle. Diese Landschaft hat sich verändert. Überall sind Ansätze für ressortübergreifende Kriminalitätsverhütung im Entstehen begriffen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die vielen Tagungen allein im Herbst dieses Jahres zu diesem Thema. Auf der europäischen Ebene hat insbesondere die Europaabgeordnete Heinke Salisch als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten in ihrem Bericht über Alltagskriminalität in Ballungszentren und deren Verbindung zur organisierten Kriminalität gemeinsame europäische Programme und mehr Geld für Kriminalitätsbekämpfung in den Städten gefordert. Frau Salisch betonte, daß alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch Frauengruppen, in eine Art Netzwerk zur Kriminalitätsverhütung eingebunden werden müßten. Sie folgert: „Wenn uns dies nicht gelingt, droht uns in den Städten die Gefahr eines kriminellen Bürgerkrieges“ - Heinke Salisch ist zuzustimmen. Hinzuweisen ist auch auf die Bemühungen des europäischen Forums für Sicherheit in den Städten in Paris, das inzwischen etwa 50 europäische Städte und Gemeinden in einem losen Verbund zusammengefaßt hat, bei dem Städte aus unterschiedlichen europäischen Ländern jeweils Aufgaben zur gemeinsamen Lösung von Sicherheitsproblemen in den Städten und zur Weitergabe ihrer Erfahrungen übernommen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Menschen haben dazu beigetragen, daß diese europäische Arbeitstagung, die gleichzeitig als erster Präventionstag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe konzipiert ist, durchgeführt werden kann. Ich bedanke mich bei Herrn Marks, dem Geschäftsführer dieser Stiftung, für seine Unterstützung. Ich bedanke mich bei Herrn Hoppe und Herrn Gottschalk von der Friedrich-Ebert-Stiftung für die intensive aktive Mitarbeit und die finanzielle Hilfe. Ich danke der Europäischen Kommission, die eine Zusage gegeben hat, diese Veranstaltung zu unterstützen. Ich bedanke mich beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas für die geleistete finanzielle Hilfe. Ich danke Ihnen, Herrn Innenminister Dr. Wienholtz für die Unterstützung durch den Rat für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein und Ihren Mitarbeitern, Herrn Finkel und Frau Müller-Kronbügel, für die intensive vorbereitende Mitwirkung an der Organisation dieser Tagung. Mein Dank gilt auch allen Mitgliedern der Lenkungsgruppe und der Geschäftsführerin Frau Hölscher-Voß des Kriminalpräventiven Rates der Hansestadt Lübeck. Stellvertretend für alle möchte ich die unermüdliche Arbeit von Herrn Kriminaloberrat Sömsen hier

erwähnen, die er wohl nur deshalb neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit bewältigen konnte, weil er davon überzeugt ist, daß Kriminalitätsverhütung auf Kommunalen Ebene Zukunft hat und vieles bewirken kann.

Ich wünsche uns allen einen guten Verlauf der Tagung und angenehme Gespräche auch am Rande und nach der Tagung.